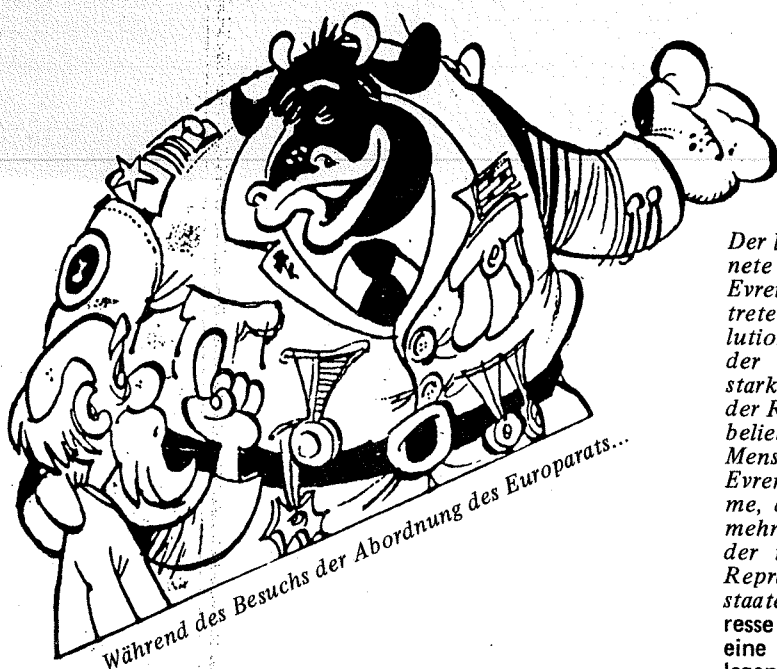




monatliches blatt • bulletin mensuel • monthly bulletin

64

6 JAHR • PREIS: 3DM • JAHRESABONNEMENT: 30 DM • Postscheckkonto Nr. 3206 36-506 BLZ 370 100 50
HERAUSGEBER: KOLLEKTIVE - TÜRKIEI - 13/2, SQUARE Ch. M. WISER - BRUSSEL • DEUTSCHE
REDAKTION: VERMEERWEG 17 - 5047 WESSELING - BRD • AUSKUNFTE IN DEUTSCH: (0211) 325 759
• AUSKUNFTE IN ENGLISCH: (02236) 1786 • V.i.s.d.p: A. TELLI - Oststrasse 135 - 4000 DUSSELDORF 1



Während des Besuchs der Abordnung des Europarats...



... Nach der Verabschiedung der Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarats!

TÜRKISCHES MILITÄRREGIME VERURTEILT

Der letzte Tag des Monats Januar im Jahre 1982 zeichnete sich aus durch einen wütenden Angriff General Evrens gegen den Europarat, in dem 21 Nationen vertreten sind; Grund dazu war die Annahme einer Resolution durch die Parlamentarische Versammlung, in der die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei stark verurteilt und Schritte empfohlen werden, wie der Rat weiter vorgehen kann: Demzufolge kann jedes beliebige Mitgliedsland das türkische Regime vor die Menschenrechtskommission bringen.

Evren behauptete in seiner wortstarken Stellungnahme, daß, da die Türkei ja in der Versammlung nicht mehr durch Parlamentarier vertreten sei, Zentrum der türkischen Beziehungen der Ministerrat sei als Repräsentant der Regierungen der jeweiligen Mitgliedsstaaten. „Falls aber einige dieser Regierungen ihr Interesse an der Entwicklung in der Türkei umändern in eine Form von Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten, wird unsere Reaktion entschieden und bestimmt sein.“

Beobachter interpretieren dies als Andeutung eines möglichen Austritts aus dem Europarat, wie ihn die griechischen Obristen schon früher praktiziert haben.

Es wird berichtet, daß mindestens ein europäisches Land, Dänemark oder Norwegen, bei der Kommission eine Beschwerde gegen die Türkei einlegen wird. Beim letzten NATO-Treffen hatte der dänische Außenminister, Kjeld Olesen, davor gewarnt, zweierlei Maß zu verwenden, wenn einerseits das polnische Militärregime im Zentrum der Kritik stünde, die Türkei aber auf der anderen Seite ignoriert würde.

Deswegen wurde Dänemark von General Haig mit den Worten angegriffen: „Derartige Haltungen sind nicht nur unverständlich, sie sind auch gefährlich. Ist es nicht an der Zeit, daß die westlichen Kritiker aufhören, mit zweierlei Maß zu messen, und ist es nicht an der Zeit, das masochistische Herunterziehen unserer Werte im Vergleich zu totalitären Diktaturen zu beenden.“

Evrens Regime wurde am 31. Januar auch von NATO-Sekretär Joseph Luns unterstützt. Auf einer Konferenz in Brüssel wies Luns Vorwürfe zurück, daß in der NATO verschiedene Maßstäbe angelegt würden bei der Beurteilung der Lage in der Türkei und in Polen. „Die türkischen Generäle arbeiten daran, Bedingungen zu schaffen für eine Rückkehr zur Demokratie...“

In der Absicht, die Delegation des Europarates bei ihrem Besuch, der der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung vorangegangen war, für sich zu gewinnen, hatte General Evren selber wie auch die zensierte Presse die europäischen Parlamentarier herzlich begrüßt. Obwohl die Parlamentarische Versammlung sich gegen Bemühungen aus sprach, die Türkei aus der Organisation auszuschließen, erzielte die eindringliche Entschließung zu den Menschenrechten eben dieselbe Wirkung bei den Militärs.

Vom 27. bis zum 28. Januar beriet die Parlamentarische Versammlung des Europarates über das türkische Problem und nahm dann, nachdem sie die Ergebnisse der Nachforschungen ihrer Delegation besprochen hatte, die folgende Resolution an:

RESOLUTION

Die Versammlung

1. Hat den Bericht ihres Komitees für Politische Angelegenheiten angesehen und die Meinung des Rechtsausschusses gehört, wobei besonders dem Besuch der Delegation vom 7. bis 14. Januar Rechnung getragen wird;
2. Hat sich ihre früher eingenommene Einstellung zur Situation in der Türkei in Erinnerung gerufen, insbesondere die Empfehlung 904 (1980), Resolution 757 (1981) und Order Nr. 392 (1980), 395 (1981) und 398 (1981).
3. Hat die Behauptung des türkischen Staatsoberhauptes vom 31. Dezember 81 zur Kenntnis genommen, denen zufolge nach einem Zeitplan ein Verfassungsentwurf im Herbst 1982 einem Referendum unterzogen werden soll, und im Jahre 1983 oder spätestens im Frühjahr 1984 gesetzmäßige Wahlen stattfinden sollen;
4. Sieht die gegenwärtige Situation in der Türkei als noch unvereinbar mit den Europaratsstatuten an, denkt aber, daß eine Fortsetzung der Mitgliedschaft der Türkei im Europarat zur Wiederherstellung demokratischer Einrichtungen und Achtung der Menschenrechte in dem Lande führt.
5. Betont ihre freundschaftlichen Verbindungen zu dem türkischen Volk und erneuert, bestärkt von der Delegation, deren Aufgabe das Auffinden von Fakten war, ihren Glauben an die Verbundenheit des Volkes mit Europa im allgemeinen, und mit den Idealen des Europarates im besonderen, und erkennt zugleich die Bedeutung der Rolle dieses Volkes als einer kulturellen Brücke zwischen Europa und dem Mittleren Osten an.
6. Ruft in Erinnerung, daß die Bestimmungen des Art. 15 der Europäischen Konvention über die Menschenrechte vorsehen, daß die unterzeichnenden Parteien die Bestimmungen der Konvention nur schmälern können „bis zu dem Ausmaß, das durch die Erfordernisse der Situation unbedingt erforderlich ist, vorausgesetzt, daß derartige Maßnahmen nicht unvereinbar sind mit anderen Verpflichtungen unter internationalem Gesetz.“
7. Erinnert im Hinblick auf den Gebrauch aller verfügbaren Mittel zur Überprüfung von Foltervorwürfen an ihre Order Nr. 395 (1981), die den Generalsekretär anwies, „zusammen mit den türkischen Behörden jedem einzelnen Folter-Vorwurf von Gefangenen oder einer Behauptung, mißhandelt worden zu sein, die ihm von Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung zu Gehör gebracht wird, nachzugehen“;
8. Beachtet in diesem Zusammenhang die Information des Staatsoberhauptes an die Delegation am 8. Januar, daß jede Einzelperson dem Justizminister Foltervorwürfe zur weiteren Überprüfung vorbringen kann;
9. Bringt ihre Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß der Terrorismus in der Türkei weniger geworden ist, bemerkt aber, daß dies noch nicht einhergeht mit einer entsprechenden Wiederherstellung von Menschenrechten und grundlegenden Freiheiten – in Übereinstimmung mit dem oben erwähnten Art. 15 –, die begrenzt oder aufgehoben sind;
10. Verurteilt die kürzliche Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrats, die Parteien aufzulösen und ihr Eigentum zu konfiszieren;
11. Ist betroffen von Berichten, denen zufolge Folterungen und Mißhandlungen immer noch praktiziert werden, nimmt aber die Absichtserklärung der türkischen Behörden zur Kenntnis, allen Behauptungen nachzugehen und die für Folterungen Gefangener Verantwortlichen zu bestrafen.
12. Berücksichtigt, daß eine Beratende Versammlung errichtet worden ist, um einen Verfassungsentwurf zu konzipieren, wobei sie auf die Tatsache stößt, daß politische Organisationen von der Beteiligung bei der Ausarbeitung in dieser Versammlung ausgeschlossen sind;
13. Ist besorgt über die undemokratischen Aspekte in der Gesetzgebung der letzten Zeit, zum Beispiel bei dem Gesetz über die Universitäten, was für die demokratische Qualität des Verfassungsentwurfs nachteilig ist;
14. Überlegt letztlich, daß der Europarat, bei dem Risiko, seine Glaubwürdigkeit als Menschenrechtsinstitution zu verlieren, die Einnahme eines festen Standpunktes gegen die momentane Situation in der Türkei nicht wieder hinausschieben kann;
15. Verurteilt die in der Türkei stattfindenden Menschenrechtsverletzungen, unter anderem die Abschaffung der politischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen, die Haftstrafen für persönliche Meinungsäußerungen, die Folterungen und Mißhandlungen an politischen Gefangenen und das Abhalten von Prozessen, ohne daß das Recht des Angeklagten auf Verteidigung gewährleistet ist;
16. Fordert die türkische Regierung auf, politische Gefangene freizulassen, demokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu ermöglichen, sich ohne Störungen von außen wieder reorganisieren zu können, Schutz und gleiche Behandlung der religiösen Minderheiten im Land zuzusichern und wieder demokratische Einrichtungen zu schaffen;
17. Lenkt die Aufmerksamkeit der Regierungen der Mitgliedsländer des Europarats auf den Artikel der Konvention, der jedem unterzeichnenden Staat erlaubt, wegen Übertretung von Konventionsbestimmungen die Menschenrechtskommission anzurufen;
18. Bringt ihre Meinung zum Ausdruck, daß das Verfahren, wie es der Art. 24 der Konvention vorsieht, im Falle der Türkei zur Anwendung kommen sollte, um das Ausmaß der Behauptungen, nach denen gefoltert wird und andere Menschenrechte in der Türkei verletzt werden, verifizieren zu können;
19. Fordert mit Nachdruck von der türkischen Regierung:
 - a) sicherzustellen, daß der Verfassungsentwurf, der vom Volk gebilligt werden muß, und zukünftige Gesetze über politische Parteien und das Wahlsystem in voller Übereinstimmung mit den türkischen Europaratsstatut-Verpflichtungen und der Europäischen Konvention zu den Menschenrechten stehen;
 - b) dafür zu sorgen, daß angemessene Voraussetzungen geschaffen werden für eine freie öffentliche Diskussion, bevor der Verfassungsentwurf wie geplant im Herbst 1982 einem Referendum unterzogen wird in einer geheimen Abstimmung;
 - c) alle Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention voll zu respektieren, von denen keine Abstriche zulässig sind, mit besonderer Betonung auf der Eliminierung der Folterpraktiken, und bei Berichten in diesem Zusammenhang ernsthafte Nachforschungen anzustellen;
 - d) einer Delegation des Internationalen Roten Kreuzes die Möglichkeit zu einer objektiven Untersuchung der Verhältnisse in türkischen Gefängnissen zu geben, besonders im Zusammenhang mit Folteranschuldigungen;
 - e) das Recht jedes Einzelnen auf einen fairen Prozeß vor vollkommen unabhängigen Gerichten, wie auch menschenwürdige Lebensbedingungen in den Gefängniseinrichtungen zu garantieren, und alle unrechtmäßig Inhaftierten freizulassen;
 - f) alle Gesetze aufzuheben, die unrechtmäßig das Recht auf freie Entfaltung der Aktivitäten von politischen Parteien und Gewerkschaften einschränken und diese Rechte auch explizit zu garantieren;

- g) durch Wiederherstellung wirklicher Pressefreiheit das Recht der türkischen Bevölkerung auf Information anzuerkennen;
- h) sicherzustellen, daß alle Bedingungen für eine Demokratie erfüllt werden, damit es so in nicht zu fer-

ner Zukunft möglich wird, daß die neuen demokratisch gewählten türkischen Parlamentarier wieder ihre Plätze in der Parlamentsdelegation des Europarates einnehmen können.

RESOLUTION DES EUROPAPARLAMENTS ZUR TÜRKEI

Der holländische sozialistische Abgeordnete Piet Dankert wurde zum Sprecher des Europaparlaments gewählt. Er hat schon immer sehr engagiert die Menschenrechte in der Türkei verteidigt. Nach seiner Wahl erklärte er, daß er entschieden für die Verteidigung der Menschenrechte in der ganzen Welt eintreten werde. (Le Monde-21.1.)

Das Europaparlament nahm am 22. Januar eine Resolution an, in der das Militärregime in Ankara verurteilt wurde, und entschied gleichzeitig, das Mandat der türkischen Mitglieder in dem parlamentarischen Komitee zur türkischen EG-Assoziierung nicht zu erneuern. Das Europaparlament forderte in seiner EntschlieÙung die Europäische Kommission und die Minister der Mitgliedsstaaten auf, die Finanzhilfe der EG an die Türkei einzustellen. Die Resolution, vorgelegt von den Sozialisten und Kommunisten, wurde mit 56 Stimmen bei 53 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen angenommen. (Le Soir-23.1.)

Die türkische Regierung beschrieb das Votum des Europarates als eine „lobbyistische Intrige“. Ein Sprecher des Außenministeriums, Nazmi Akiman, sagte, nur ein kleiner Teil der Legislaturnitglieder habe an der Abstimmung teilgenommen. (DN-25.1.)

Kai Uwe von Hassel, Berichterstatter der Politischen Kommission des Europaparlaments, eröffnete Kontakte zum türkischen Kapital, wobei er Informationen über jüngste politische Entwicklungen in Erfahrung bringen wollte. Bei seiner Ankunft auf dem Flughafen sagte er: „Die Entscheidung des Europaparlaments gegen die Türkei wurde nur von einem Viertel seiner Mitglieder gefällt. Dies ist keine endgültige Entscheidung; diese wird erst nach der Diskussion in der Politischen Kommission des EP bei ihrer Frühjahrssitzung getroffen.“ (DN-26.1.)

WEITERE REAKTIONEN

Das französische Außenministerium hat sein Interesse an dem Prozeß gegen DISK erklärt. Die französischen Kommunisten und die Gewerkschaft CGT haben bereits eine Protestdemonstration vor der türkischen Botschaft in Paris durchgeführt.

Das Magazin TIME hat einen 16 Seiten umfassenden „Reklamesonderteil“ über die Türkei herausgegeben. Dieser wurde, so wird berichtet, von türkischen Geschäftsleuten finanziert. (H-3.1.)

Die Internationale Juristenkommission, mit beratender Stimme in der UNO und beim Europarat vertreten, hat sich das Beobachten der Situation in der Türkei zur Hauptaufgabe gemacht.

Das Nationale Exekutivbüro der Sektion „Öffentliche Dienste“ in der belgischen Gewerkschaft FGTB hat seine „tiefe Betroffenheit über das Klima der Unterdrückung in der Türkei“ zum Ausdruck gebracht und die belgische Regierung um Einschaltung gebeten.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften ICFTU und der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC wurden bei der Gerichtsverhandlung gegen DISK in Istanbul von dem schwedischen Gewerkschafts-Juristen Thomas Rothfeffer vertreten. (ICFTU-11.1.)

Gaston Thorn, Präsident der Europa-Kommission, brachte die Besorgnis der Kommission und des Ministerrates bezüglich des Schicksals der inhaftierten türkischen Gewerkschaftsführer zum Ausdruck. (DR-14.1.)

Der belgische Außenminister Leo Tindemans hat der türkischen Regierung eine flexiblere Haltung bezüglich des Schicksals der Gewerkschaftler vorgeschlagen. (DR-14.1.)

Die norwegische Regierung hat ihre Waffenlieferungen an die Türkei gestoppt. (T-17.1.)

Im belgischen Parlament hat der kommunistische Abgeordnete Nagels einen Resolutionsvorschlag unterbreitet, der die belgische Regierung ersuchen soll, bei der Durchführung der politischen Prozesse in der Türkei geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um so die türkische Regierung unter Druck zu setzen. Dieser Vorschlag wurde von Vertretern der sozialistischen Parteien wie auch der RW, FDF, PRL und der UDRT unterstützt. (DR-19.1.)

Das Büro der Belgischen Sozialistischen Partei hat ein Kommuniqué herausgegeben, in dem jede Hilfe an die Türkei weiterhin eingefroren bleiben soll bis zu einer Rückkehr zur Demokratie im Lande. (DR-19.1.)

Die Türkei hat bei der norwegischen Regierung Protest eingelegt gegen das Zurückhalten der Auslieferung von 34 Luftabwehrraketen. Bereits letzten November hatte die norwegische Regierung ihre Entscheidung angekündigt, weitere Hilfsmaßnahmen zu verschieben. (DN-21.1.)

Der Prozeß gegen die DISK-Führer wurde von Rechtsanwälten begleitet, die die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen, den Weltgewerkschaftsbund und die CGT vertreten. (C-21.1.)

EIN NEUER PROPAGANDA-APPARAT

Auf Anordnung des Staatschefs wurde am 10. Januar 82 mit einer Feierstunde in der GroÙen Nationalversammlung die Türkische Informations-Stiftung ins Leben gerufen. Ihr erklärtes Ziel ist es, in der ganzen Welt „ein wahres und gutes Türkei-Bild aufzubauen“. Kemal Baytas, Präsident der Stiftung und Untersekretär im Ministerium für Tourismus, legte dar, daß die Propagandakampagne zugunsten der Türkei stattfinden sollte in Form von Shows, Treffen, Seminaren, Türkischen Tagen und Wettbewerben sowohl im Ausland, wie auch in der Türkei selbst. Diese Stiftung, gebildet unter Beteiligung von Geschäftsleuten, hohen Verwaltungsangestellten und regimetreuen Journalisten, soll eng zusammenarbeiten mit privaten und öffentlichen Unternehmen. Nach monatelangem Planen durch Staatsbeamte, unter Vorsitz von Admiral Isik Biren, Hauptkoordinator im Sekretariat des Nationalen Sicherheitsrates, und durch private Organisationen wurde die Stiftung jetzt errichtet. (DN-25.1.)

AUS DEM POLITISCHEN LEBEN

Ein Überblick über 30 Tage Berichterstattung in der türkischen Presse, angefangen am ersten Tage des Jahres 1982, an dem General Evren seinen sogenannten „Zeitplan für eine Rückkehr zur Demokratie“ aufdeckte, verdeutlicht, daß selbst in der Zeit des Besuchs der Delegation des Europarates die Institutionalisierung der Macht-haber und die Verletzung der Menschenrechte nicht aufhörten, sondern sich eher noch verstärkten.

DIE ARBEIT AN DER VERFASSUNG

Es ist Journalisten untersagt worden, die Vorräume der Beratenden Versammlung zu betreten und deren Mitgliedern Fragen zu stellen. (T-5.1.)

Diese Beratende Versammlung, die eine neue Verfassung für die Türkei ausarbeitet, hat, wie berichtet wurde, eine Debatte über die Machtbefugnisse des Präsidenten geführt.

Danach sollen die Militärs und einige Geschäftsleute einen starken Präsidenten bevorzugen, der in einem 2-Parteien-System unmittelbar vom Volk gewählt werden soll. Der Vorsitzende der Verfassungs-Kommission, Orhan Aldikacti, sagte, er wüßte nicht, wann der Verfassungsentwurf fertig würde. (IHT-8.1.)

Der Vorsitzende der Haushaltskommission der Beratenden Versammlung, Prof. Mustafa Aysan, stellte fest, daß in der Kommission noch nichts über eine Zuweisung von Geld für die Durchführung eines Referendums zur neuen Verfassung beschlossen worden sei; General Evren hatte das Referendum noch für dieses Jahr angekündigt. (T-9.1.)

Der Nationale Sicherheitsrat hat die Regierung ermächtigt, Dekrete zu erlassen, die Gesetzeskraft haben sollen. (M-14.1.)

Der Sprecher der Beratenden Versammlung, Sadi Irmak, antwortete auf die Frage eines dänischen Fernseheteams: „Wir möchten eine Verfassung, die den spezifischen Bedingungen der Türkei Rechnung trägt; wir wollen keine Kopie des Wortlauts der Texte anderer Staaten wie Frankreich, England oder Deutschland.... Es gibt eine für uns wesentliche Sache: Wir wollen eine kemalistische Verfassung vorbereiten.“ (T-15.1.)

Die kemalistische Bewegung habe sich im Jahre 1981 zu-friedenstellend entwickelt, verlautete aus Konya (gegenüber der Nachrichtenagentur Anatoliens). Ankara ist Sitz der Zentrale der Bewegung, und in der Provinz Konya wurde die erste Zweigstelle eröffnet.

Der Vorsitzende der Verfassungskommission, Prof. Aldikacti, erklärte gegenüber dem dänischen Fernseheteam, daß eine Fertigstellung des Verfassungsentwurfs bis zum Herbst dieses Jahres, wie von Evren vorgesehen, nicht sicher sei. (M-16.1.)

In der Beratenden Versammlung sagte deren Mitglied Besir Hamitogullari: „Wir leben in dem Zeitalter der Ideologien. Die beste Ideologie ist das Entwicklungsmodell Atatürks. Wir sollten es so, wie es ist, in die Praxis umsetzen.“ (M-17.1.)

ZUNAHME DER AUTORITÄT EVRENS

Während der Debatten über den Haushalt 1982 nahm die Beratende Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der dem Staatschef General Evren gegenüber Dankbarkeit und Treue zum Ausdruck kamen. (H-18.1.)

Mit den seit dem 12. September 1980 in Kraft getretenen neuen Gesetzen ist dem Staatschef die Macht gegeben worden, selber Mitglieder in viele wichtige Räte und Abteilungen zu berufen. Dementsprechend hat Evren ernannt:

– Am 30. Mai 1981 Mitglieder des neuen Obersten Gerichts- und Verwaltungsrates;

- am 3. Juli 1981 den Ersten Staatsanwalt und seinen Gehilfen;
- am 18. September 1981 den Präsidenten und die Mitglieder des staatlichen Aufsichtsrates, der alle staatlichen Ämter, Wirtschaftsunternehmen, Verbände und Gewerkschaften zu kontrollieren ermächtigt ist;
- am 23. Dezember 1981 den Präsidenten und 8 Mitglieder des Höheren Bildungsrates.

Seit kurzem ist der Staatschef auch dazu berechtigt, die Mitglieder des Staatsrats, der Bezirksverwaltungsgerichte und der Steuergerichte zu ernennen. (M-18.1.)

TERROR VON SEITEN DES STAATES

Es ist offiziell dargelegt worden, daß es gegenwärtig 110.000 Gefangene in der Türkei gibt, von denen 30.000 in Militärgefängnissen auf ihr Urteil warten. Das Justizministerium hat erklärt, daß im Jahre 1982 29 neue Gefängnisse eingerichtet werden sollen. (C-2.1.)

Die Regierung hat für die Provinzen der Türkei den Aufbau einer „Schnellen Einsatztruppe“ beschlossen. (C-2.1.)

Türkische Grenzübergänge sollen mit Computern ausgerüstet werden, die auf ein wirksames Kontrollieren aller Passanten abzielen. (C-3.1.)

Staatsbeamte, die politische Propaganda machen oder politisch aktiv werden, sollen entsprechend einer neuen Gesetzesvorlage, die auf der Tagesordnung des Nationalen Sicherheitsrates steht, entlassen werden. (T-4.1.)

Ungefähr 100.000 türkische Staatsbürger sind nach offizieller Feststellung ihres Rechts beraubt, ins Ausland zu fahren.

Seit der Machtübernahme durch die Militärs am 12. September 1980 bis Ende 1981 gab es 26.860 Verhandlungen vor Militärgerichten, von denen 17.671 entschieden wurden und 9.189 übertragen wurden auf das neue Jahr. In demselben Zeitraum wurden gegen 24.625 Personen Haftbefehle von Militärgerichten ausgesprochen, von denen 3.849 verurteilt wurden. 1997 sind noch in Haft und warten auf das Gerichtsurteil.

Seit dem Militärputsch mußten sich etwa 18.000 Staatsbeamte verschiedenen Verwaltungs- und Rechtsmaßnahmen unterziehen: 2507 wurden gefangengenommen, 590 verurteilt, 3660 sind noch in Haft, 1610 werden noch immer einer „genauen Beobachtung“ unterzogen, 2000 wurden einfach rausgeschmissen und 7000 auf andere Posten versetzt. (H-7.1.)

Die Kriegerrechtskommandantur in Istanbul hat ein neues Komunique herausgegeben, das besagt, jeder solle anhalten und seine Hände in Kopfhöhe heben, wenn die Sicherheitskräfte zum Halten auffordern. Sollte jemand diesem Befehl nicht Folge leisten, sind die Sicherheitskräfte berechtigt zu schießen. (C-9.1.)

Ein Bericht, der der Europaratsdelegation vom Generalstab vorgelegt wurde, zeigt auf, daß sich im Jahre 1981 5789 „terroristische“ Vorfälle ereigneten gegenüber 23.481 im Jahre 1980. Demgegenüber nahm die Anzahl der sichergestellten Waffen zu – von 16.980 im Vorjahr auf 575.754 im Jahre 1981. (C-11.1.)

Die Gesetzeskommission der Beratenden Versammlung nahm ein Gesetz zur Erhöhung des Strafmaßes bei „Verbrechen gegen den Staat“ an; während der Debatten sagte der Justizminister, diese Verschärfung ziele gegen kommunistische Aktivitäten. Gemäß der Neuregelungen der Artikel 141 und 142 des türkischen Strafrechts werden diejenigen, die kommunistische Propaganda betreiben, zu Strafen zwischen 5 und 10 Jahren verurteilt; das Strafmaß für Mitgliedschaft in separatistischen Vereinigungen hat sich ebenfalls auf bis zu 12 Jahre erhöht. (G-15.1.)

Seit der Machtübernahme durch die Militärs sollen, so wurde bekanntgegeben, an den Nationalen Sicherheitsrat 128.000 denunziatorische Briefe geschrieben worden sein, von denen 41.000 als ernst erachtet und von den Sicherheitsbehörden weiterverfolgt worden seien. (M-20.1.)

Das Generalstabsquartier der türkischen Streitkräfte hat eine Broschüre herausgegeben, die die Namen und Personalangaben enthält von 7662 Personen, die auf die „Suchliste“ der Militärs gesetzt wurden und noch nicht gefaßt werden konnten. Darunter befinden sich auch berühmte Folk-Sänger, die staatsfeindlicher Propaganda beschuldigt werden. (H-20.1.)

Innenminister Cetiner enthüllte, daß seit September 1980 1227 Mitglieder der türkischen Sicherheitsbehörden vom Dienst entlassen worden seien. 496 seien noch in Gefangenschaft, 249 sei zwangsgekündigt worden, 227 seien gänzlich entlassen. Außerdem sei gegen 8214 Mitglieder der Sicherheitskräfte disziplinarisch vorgegangen worden. (DN-22.1.)

Das Justizministerium kündigte an, nach Aufhebung des Kriegsrechts würden die Staatssicherheits-Gerichte ihre Arbeit aufnehmen, und das Notstandsgesetz würde wirksam werden. Für die Phase nach Beendigung des Kriegsrechts wäre man jetzt dabei, die Polizeikräfte analog den Regeln der Streitkräfte zu reorganisieren. (C-22. 1.)

„ICH LIEFERTE DEN GRAUEN WÖLFEN WAFFEN...“

Im Britischen Fernsehen erschien der frühere CIA-Agent Frank Terpil und berichtete seelenruhig, wie er an Klienten Gewehre, Sprengstoff und Gift verkauft hat. Zu dem Kundenkreis zählten Ugandas Diktator Idi Amin ebenso wie der Schah von Persien. Der in Brooklyn geborene Terpil, ständig auf der Flucht vor einer 53jährigen Freiheitsstrafe, zu der ihn ein New Yorker Gerichtshof wegen seiner Waffengeschäfte verurteilt hat, war die zentrale Gestalt in einer Dokumentation der unabhängigen Fernsehanstalt ITV mit dem Titel „Der gefährlichste Mann der Welt“. Zu seinen anderen Kunden, so wurde im Film gesagt, gehörten auch die schattenhaften türkischen Terroristen, bekannt als die „Grauen Wölfe“, die auch den Papsttäter Mehmet Ali Ağca ausgebildet hatten. Terpil widersprach dem nicht. (AP-6.1.)

DISK-PROZESS OHNE VERTEIDIGUNG

In einer kurzen Einführung für die Europaratsdelegation sagte der Sprecher der Junta am 8. Januar 1982 im Hauptquartier der türkischen Streitkräfte: „DISK hat sich wiederholt um Aufnahme in den Europäischen Gewerkschaftsverband (ETUC) bemüht, aber sein Antrag wurde jedesmal zurückgewiesen, weil DISK eine ultralinke Organisation ist.“

Daraufhin hat Info-Türk an verschiedenen Stellen Nachforschungen angestellt. Die Anfrage bezüglich Mitgliedschaft ist von der ETUC nie zurückgewiesen worden. Trotz Aufhebung aller DISK-Aktivitäten und Inhaftierung ihrer Vorsitzenden hat das Exekutivkomitee der ETUC letztes Jahr beschlossen, den DISK-Antrag auf Mitgliedschaft auf der Tagesordnung zu lassen. Darüber hinaus hat diese europäische Gewerkschaft, die verschiedene Tendenzen in sich vereinigt, immer ihre aktive Solidarität mit DISK dokumentiert. Die Zuflucht zu einer derartigen Lüge zielt offensichtlich darauf ab, vor der Weltöffentlichkeit die Verletzung der Rechte der DISK-Vorsitzenden auf einen gerechten Prozeß zu verbergen. Trotz weltweiten Protests läuft im Militärgerichtshof von Ankara immer noch der Prozeß gegen den DISK-Vorsitzenden

Abdullah Bastürk und seine 51 Kollegen, wobei ihnen die Todesstrafe droht.

Am letzten Tag des Jahres 1981 mußten die Verteidiger Hasan Fehmi Günes und Turgut Kazan den Gerichtssaal verlassen, weil sie sich während des Verlesens der Anklage zu Wort gemeldet hatten. Daraufhin verließen sämtliche Verteidiger die Verhandlung, um so gegen die Parteilichkeit des Richters zu protestieren.

Am 5. Januar 1982 brachten die Verteidiger eine Beschwerde vor gegen die parteiliche Haltung der Militärrichter, die den Prozeß durchführen, und forderten das Nationale Verteidigungsministerium auf, die Richter auszuwechseln.

Am darauffolgenden Tag brachte der Verteidiger Gülçin Caylil dieselbe Beschwerde in der Gerichtsverhandlung vor.

Am 13. Januar weigerten sich die Verteidiger von 45 der DISK-Angeklagten, den Gerichtssaal zu betreten, um damit gegen das Verhalten des militärischen Anklägers zu protestieren, und sie baten das Gericht, gegen ihn Anklage zu erheben.

Bei der Verhandlung am 15. Januar forderte Bastürk in einem vorgelegten Papier das Militärgericht auf, etwas zu unternehmen gegen die Versuche der falschen Berichterstattung von Mehmet Yazar, Vorsitzender der türkischen Handelskammer, Halit Narin, Präsident der Arbeitgebervereinigung und von dem Herausgeber Ahmet Kabaklı. Die Forderung Bastürks wurde zurückgewiesen.

Da sich die parteiische Haltung der Geschworenen nicht geändert hat, haben am 29. Januar alle Verteidiger ihren Rückzug aus dem Prozeß erklärt bis zur Beendigung des Verlesens der Anklageschrift.

ANDERE NEUE FÄLLE

In dem ersten zum sogenannten „Zeitplan für eine Rückkehr zur Demokratie“ gehörigen Monat begannen zahlreiche Massenprozesse vor Militärgerichten, wobei insgesamt 657mal die Todesstrafe gefordert wurde, was bedeutet, daß sich die Gesamtzahl der Forderungen der Kläger auf Todesstrafe jetzt auf 3 683 erhöht hat.

In der folgenden Liste mit neuen Verhandlungen wird in Klammern jeweils die Anzahl der geforderten Todesstrafen genannt.

– Revolutionäre Dev-Yol: 5.1. in Izmir 2 Personen (2); 12.1. in Adana 227 (126); 14.1. in Ankara 7 (1); 15.1. in Ankara 39 (4); 19.1. in Mersin 87 (2); in Istanbul 159 (30); 27.1. in Istanbul 39 (6); 30.1. in Ankara 600 (300).

Außerdem sind zwei frühere Vertreter der Republikanischen Volkspartei CHP, Temel Ates und Ertugrul Günay, am 29.1. vor ein Militärgericht in Ankara gestellt worden. Die Anklage wirft ihnen Unterstützung der Dev-Yol vor. Sie sind seit der Machtübernahme der Militärs in Haft.

– Volksbefreiungspartei/Türk. Front (THKP/C): 6.1. in Istanbul 43 (14); 10.1. in Gölcük 79; 14.1. in Ankara 6 (6); 17.1. in Istanbul 113 (42)

– Kommunistische Partei der Türkei/Union (TKP/B): 19.1. in Ankara 77 (23);

– Nationale Befreiung Kurdistan (KUK): 26.1. in Diyarbakir 199 (18);

– Kommunistische Partei TKP: 17.1. in Adana 86;

– Revolutionäre Kommunistische Union TIKP: 31.1. in Istanbul 9 (2);

– Nat. Aktions-Partei MHP: 7.1. in Istanbul 25 (25);

– Revol. Rote Armee der Türkei (TIKOC): 14.1. 6 (6)

– Am 7.1. eröffnete der militärische Ankläger in Ankara einen Massenprozeß gegen 91 weibliche Häftlinge, die

mit einem Hungerstreik auf ihre schlechte Behandlung in dem Gefängnis aufmerksam machen wollten, in dem İlhan Erdost (Redakteur) zu Tode gefoltert wurde.

GERICHTSURTEILE

- 2. Jan.: 1 Todesurteil in Elazığ.
- 6. Jan.: Militärgericht in Cassation billigt 2 Todesurteile, die zur Bestätigung an die Beratende Versammlung geschickt worden sind. 106 politische Gefangene werden nachträglich zu Gefängnisstrafen verurteilt wegen Aufruhrs gegen die Gefängnisverwaltung in Elazığ. Sie hatten gegen die schlechte Behandlung in diesem Gefängnis protestiert.
- 16. Jan.: Jeder der 10 Angeklagten, Mitglieder der TKP/ML, zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt von einem Militärgericht in Konya.
- 20. Jan.: 3 Personen, 2 Rechte und ein Dev-Yol-Mitglied, in Adana zum Tode verurteilt.
- 21. Jan.: 2 Menschen in Adana zum Tode verurteilt.
- 24. Jan.: 6 Mitglieder der Befreiungsbewegung Kurtulus zu jeweils 15 Jahren Gefängnis verurteilt.
- 30. Jan.: 8 Personen werden zu Haftstrafen bis zu 33 Jahren wegen kommunistischer Aktivitäten verurteilt.

MENSCHENJAGD

- 2. Jan.: 70 Mitglieder zweier linker Organisationen, Genc Oncü und SGB, werden in Ankara verhaftet.
- 3. Jan.: 109 Personen, darunter 25 Lehrer, werden unter der Beschuldigung, Mitglieder der THKP/C zu sein, in Kahramanmaraş gefangenengenommen.
- 6. Jan.: In Erzurum werden 17 Mitglieder der Dev-Yol verhaftet.
- 14. Jan.: 13 Mitglieder der Dev-Yol verhaftet.
- 20. Jan.: In den Provinzen Ankara, Izmir und Mugla werden insgesamt 51 Mitglieder der Dev-Yol und der Dev-Sol verhaftet.
- 24. Jan.: Im Distrikt Cizre in der Provinz Mardin erschoss die Staatsmacht ein Mitglied der Demokratischen Partei Kurdistans KDP, Suphi Sik, und nahm 5 Verwundete fest.
- 27. Jan.: 32 Personen in Istanbul festgenommen, die für die TKP/ML gearbeitet haben sollen.
- 31. Jan.: 21 Dev-Sol-Mitglieder werden in Istanbul festgenommen.

FOLTERUNGEN

Mehr als 70 Menschen, so wird berichtet, sind seit der Machtübernahme durch die Militärjunta im Gewahrsam von türkischen Behörden gestorben (lt. Amnesty International). Die in London ansässige Amnesty-Gruppe sagte, sie habe noch einmal an die türkische Regierung appelliert, die Vorfälle zu überprüfen. Es seien detaillierte Berichte eingegangen, so Amnesty, denen zufolge „wild geschlagen worden ist, Elektroschocks angewendet wurden, sexueller Mißbrauch getrieben wurde und auch sonst unter den Bedingungen des Kriegsrechts eine ganze Bandbreite von anderen Torturen angewendet wurde.“ (UPI-21.1.)

Die Bedingungen in türkischen Gefängnissen sind derart unerträglich, daß Häftlingen oftmals keine andere Wahl blieb als Aufruhr gegen die Gefängnisverwaltung. Aus die-

sem Grunde mußten sich am 8. Januar 91 Frauen aus dem Militärgefängnis in Mamak vor Gericht verantworten, und ebenso wurden in Elazığ am 6. Januar 106 politische Gefangene deswegen verurteilt.

Im Verlauf der Gerichtsverhandlungen im Monat Januar gaben viele an, gefoltert worden zu sein:

- am 5. Jan. beim Dev-Yol-Prozeß in Artvin;
- am 9. Jan. bei demselben Prozeß und beim TDKP-Prozeß in Ankara;
- am 15. Jan. beim Dev-Yol-Prozeß in Adana;
- am 20. Jan. bei der Verhandlung gegen Devrimci Cephe in Ankara und gegen Dev-Yol in Mersin und gegen TKP in Gölcük;
- am 25. Jan. beim Dev-Yol-Prozeß in Artvin.
- Am 29. Jan. gab die belgische Amnesty-Sektion bekannt, daß der Lehrer Bahadır Dumanlı seit einem Jahr verschwunden sei.
- Am 30. Jan. beim HDO-Prozeß in Istanbul. Der Angeklagte Cevat Akkaya ist gelähmt als Folge von Folterungen; mit Hilfe zweier Kollegen kann er vor Gericht erscheinen und wird zur ärztlichen Untersuchung geschickt.

Eine politische Gefangene, Frau Füsün Güner, stürzte aus einem Fenster des 5. Stockwerks des Militärgerichtsgebäudes in Izmir: Schädelfraktur, Arm- und Beinbrüche waren die Folge. Die Polizei behauptete, sie habe nach ihrem Verhör Selbstmord begehen wollen.

Beim DISK-Prozeß haben Beobachter der Intern. Gewerkschaften viele Folter-Vorwürfe an die Öffentlichkeit gebracht, die dann in vielen Tageszeitungen publiziert werden konnten.

„Le Quotidien“ aus Paris veröffentlichte am 25. Januar ein Dokument mit dem Titel „Französische Ärzte als Zeugen von Folterungen“.

Was das gesetzliche Vorgehen gegen die für Folterungen Verantwortlichen betrifft, so wird von Seiten der Behörden, entgegen anderslautenden Versicherungen der Militärjunta, nichts Ernsthaftes unternommen.

Die täglich erscheinende Zeitung „Cumhuriyet“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 3. Januar 1982 vom Verschwinden des Polizeikommissars Mustafa Haskiris, nachdem ein Militärgericht in Ankara ihn zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt hatte.

11 Polizeioffiziere, angeklagt, den politischen Häftling Ibrahim Eski in der politischen Abteilung des Ankara'er Polizeihauptquartiers getötet zu haben, wurden am 23. Januar vom Militärgericht freigesprochen.

Der Polizeikommissar Enver Göktürk, wegen Tötung von Hasan Asker Ozmen als Folge von Folterungen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, befindet sich immer noch im Amt im Ankara'er Hauptquartier. (C-26.1.)

UNTERDRÜCKUNG IM LANDE

DR. ISMAEL BESIKCI WIEDER IM GEFÄNGNIS

Der türkische Soziologe Dr. Ismael Besikci ist wieder einmal im Gefängnis. Dieses Mal wirft ihm die Anklage vor, den türkischen Staat im Ausland verunglimpft zu haben durch einen Brief, den er an den Schweizerischen Schriftstellerverband geschrieben hat.

Diesen Brief hat Besikci aus dem Istanbuler Toptasi-Gefängnis geschrieben, in dem er wegen seiner wissenschaftlichen Arbeit über die offizielle These zur Geschichte des türkischen Staates eine 3jährige Haftstrafe absitzen mußte. In dieser Arbeit hatte Besikci den Anspruch auf Überlegenheit der türkischen Rasse und das Verleugnen der Existenz des kurdischen Volkes, das bei den Behörden als „Gebirgstürken“ bezeichnet wird, kritisiert.

In seinem Brief hatte Besikci seine Mißbilligung des Staatsstreiches vom 12. September 1980 ausgedrückt. Außerdem kritisierte er türkische Intellektuelle, die in der nationalen Frage keine klare Position bezögen und unterstrich, daß selbst diejenigen, die sich für fortschrittlich oder sozialistisch halten, sich selber der offiziellen kemalistischen Ideologie unterwerfen.

Obwohl Dr. Besikci am 13. April 1981 nach Verbüßung seiner Strafe entlassen wurde, wurde er am 19. Juni erneut inhaftiert. Gegenwärtig läuft gegen ihn ein Prozeß vor dem Militärgericht in Gölcük.

Zum ersten Mal war Dr. Besikci 1971 vom damaligen Militärregime inhaftiert worden und 1975 dann im Zuge einer allgemeinen Amnestie wieder freigelassen worden. Außerdem hatte er seine Universitätsstelle verloren.

Dr. Besikci, der bereits durch sehr harte Gerichtsverhandlungen gehen mußte und immer noch geht, weil er gegen den Jingoismus in der kemalistischen Weltanschauung kämpft, ist weltweit bekannt für seinen Mut und seine Ehrlichkeit.

ANDERE PRAKTIKEN

NATIONALER UNTERDRÜCKUNG

– Am 5. Jan. wurden 65 Personen in Diyarbakir als „Militanten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)“ festgenommen.

– Am 7. Jan. 13 Festnahmen wegen „Separatismus“ in Gaziantep.

– Am 12. Jan. 13 Leute in Adana als „militante PKK-Mitglieder“ festgenommen.

– Am 13. Jan. schreibt die belgische Tageszeitung „Le Drapeau Rouge“, daß 2500 Personen unter Anklage ste-

hen wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der Sozialistischen Partei Kurdistans TKSP, ca. 200 von ihnen drohe die Todesstrafe.

– Am 14. Jan. läuft beim Ankara'er Militärgericht der Prozeß gegen 4 vermeintliche „Mitglieder der kurdischen Bewegung Ala Rizgeri“ an.

– Am 24. Jan. schossen Staatskräfte auf 6 Mitglieder der Demokratischen Partei Kurdistans in Cizre und töteten dabei einen von ihnen.

– Am 27. Jan. begann der Prozeß gegen 177 Mitglieder der Kurdischen Nationalen Befreiung KUK vor dem Militärgericht in Diyarbakir, wobei 18mal die Todesstrafe gefordert wird.

INFORMATIONEN ÜBER DIE PRESSE/ KULTURELLES

– Wegen prokommunistischer Propaganda wurde Nazim Can von einem Militärgericht zu 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. (C-5.1.)

– Die Kriegsrechtskommandantur in Adana hat für diese Gegend das Austeilen der Tageszeitung „Yeni Nesil“ untersagt. (C-6.1.)

– Der verantwortliche Redakteur der Wochenzeitung „Arayis“, O. Nahit Duru, stellte sich den Militärbehörden, um in Ankara eine 3monatige Gefängnisstrafe anzutreten. (DN-7.1.)

– Dem Programmdirektor Demet Aras, einem der 101 Fernsehbeschäftigten, die auf andere Posten versetzt worden waren, ist bei seiner neuen Dienststelle, dem Ministerium für Öffentlichkeitsarbeit, gekündigt worden. (C-8.1.)

– 4 Verwaltungsangestellte des Kulturhauses in Bartin wurden wegen kommunistischer Propaganda zu je 7 1/2 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt (in Gölcün).

– Der berühmte Filmdirektor und Schauspieler Yilmaz Güney wurde von einem Militärgericht in Istanbul in Abwesenheit zu 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wegen „kommunistischer Propaganda“ in einem Interview seines Kulturmagazins „Güney“. Ein anderer Autor, Nihat Behram, wurde zu 6 Monaten, der Chefredakteur, Erol Gözmen, zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. (C-9.1.)

– Der bekannte Filmschauspieler Tarik Akan wurde von einem Militärgericht in Istanbul verhört, weil er im Ausland staatsfeindliche Propaganda betrieben haben soll. (G-15.1.)

– 4 Journalisten, Aydogdu Ilter und Abdurrahman Ozyazgan von der Tageszeitung „Tercüman“, und Yüksel Bastunc und Müserref Seckin von der Tageszeitung „Son Havadis“ wurden vor dem Istanbuler Militärgericht verhört wegen Verletzung des Kommuniqués Nr. 52 des Nationalen Sicherheitsrates.

– Weil Cengiz Semet angeblich den Kommunismus gepriesen hat, ist er von einem Militärgericht in Erzincan zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden. (C-17.1.)

– Die Forderung nach Freilassung des Journalisten İhhami Soysal wurde vom Militärgericht in Ankara negativ entschieden.

– Die bekannte Folk-Sängerin Selda Bağcan wurde vor dem Istanbuler Militärgericht verhört wegen in Europa betriebener Propaganda gegen ihr Land. Der Staatsanwalt forderte 5 Jahre Gefängnis für sie. (M-19.1.)

– In der Beratenden Versammlung sagte der Minister für Bildung und Erziehung, Sağlam, daß 1254 Lehrer noch in Haft sind und daß 1311 Lehrer ihre Stelle verloren haben. (H-25.1.)

DEMIRAG UND YURDATAPAN IN ZYPERN UND GRIECHENLAND

An der „Woche der Freundschaft des zypriotischen, türkischen und griechischen Films“, die mit Hilfe des griechischen Kultusministeriums auf Zypern veranstaltet wurde, haben auch 2 türkische Künstler teilgenommen. Daneben haben Melike Demirag, Sängerin und Star des türkischen Films „Die Herde“ und Sanar Yurdatapan, Komponist, den griechischen Radio- und Fernsehanstalten Interviews gegeben. Dieses war zugleich eine Gelegenheit für sie, sich an die Bevölkerung der Türkei zu wen-

den, die in den südlichen Küstenregionen griechische Radiosender empfangen können.

Im Anschluß an ihre Teilnahme an der Veranstaltung in Zypern fuhren die beiden weiter nach Griechenland, wo sie Gespräche mit der Ministerin für Kulturelle Angelegenheiten, Melina Mercouri, führen konnten. Als sie vom griechischen Radio und Fernsehen interviewt wurden, war damit wiederum die Möglichkeit gegeben, direkt zu der westtürkischen Bevölkerung zu sprechen. Als Reaktion auf diese Rundfunkinterviews startete die pro-Junta eingestellte Presse der Türkei einen erneuten Angriff auf die beiden Künstler, denen bereits die türkische Staatsbürgerschaft laut Beschluß des Nationalen Sicherheitsrates aberkannt worden ist.

REPRESSALIEN IM AUSLAND

- Im Distrikt Kas wurden 5 Personen gefangen genommen; die Anklage lautet auf Unterstützung derjenigen, die die Türkei über das Meer verlassen und auf den griechischen Inseln politisches Asyl beantragen. (M-13.1.)
- Im Hafen von Cesme wurden 2 Menschen verhaftet, die gerade die Türkei verlassen wollten. (G-14.1.)
- Eine Gruppe türkischer Bürger besetzte in einem Pariser Stadtteil ein Gebäude. Die Polizei räumte daraufhin das Haus. Das Ergebnis dieses Einsatzes: 6 Verletzte und 25 Festgenommene. (H-20.1.)
- Die türkischen Behörden führen Gespräche mit europäischen Regierungen über die Auslieferung von politisch aktiven Türken, die im Ausland im Asyl leben. Die Namen der gesuchten Personen wurden aber nicht bekanntgegeben.
- Ein deutscher Staatssekretär berichtete von der Gefangennahme von 15 türkischen „Terroristen“ in der Bundesrepublik; weitere 42 politisch aktive Türken werden von deutschen Gerichten gesucht. (T-29.1.)

SOZIALE ENTWICKLUNGEN

Die Anzahl der Personen mit geregelter Einkommen hat im Jahre 1981 6 379 000 erreicht gegenüber 4 430 000 im Jahre 1975. Entsprechend hat sich auch die Zahl der Arbeitgeber in diesem Zeitraum von 129 000 auf 175 000 erhöht. (C-1.1.)

Obwohl der Oberste Schiedsspruchrat beschlossen hat, die Löhne um 15 % anzuheben und einen monatlichen Nachtrag von 4 000 TL anzuerkennen, bleibt das monatliche Mindesteinkommen immer noch unter der 10 000 TL-Marke; es liegt gegenwärtig bei 9 618 TL. (C-2.1.)

Die Arbeiter der Stahl- und Eisenwerke von Karabük haben die Essensausgabe boykottiert, um gegen arbeiterfeindliche Praktiken der Unternehmensleitung zu protestieren. (T-2.1.)

Die Reallöhne der Arbeiter sind 1981 unter das Niveau von vor 20 Jahren gefallen. Ein Tageslohn betrug 1963 17,91 TL; 1981 542 TL. Die Preisindexzahl ist inzwischen auf 3 879,1 gestiegen, während sie 1963 noch bei 100 lag. Deshalb ist der Reallohn von 17,91 TL im Jahre 1963 auf 13,91 TL im Jahre 1981 gesunken.

Das regimetreue Gewerkschaftszentrum Türk-Is hat mit der Vorbereitung einer Kampagne begonnen, deren Ziel das Werben von DISK-Mitgliedern für ihre eigenen Mitgliedsgewerkschaften ist. Die Vorsitzenden der Türk-Is warten noch auf die Annahme eines neuen Gewerkschaftsgesetzes durch den Nationalen Sicherheitsrat, das die Liquidierung des DISK zum Ziel hat.

Ankara erlebte einen Tag mit drohendem Smog-Alarm, wo der Grad der Luftverschmutzung das Zehnfache des für die Gesundheit noch Zutraglichen (WHO-Norm) betrug. Die städtischen Behörden verboten die Verwendung von Öfen und Herden. (DN-12.1.)

70 % aller Geburten finden ohne Hilfe von dafür ausgebildeten Leuten statt. 15 bis 20 Mütter von 10 000 sterben bei der Entbindung. Es gibt im Durchschnitt pro Jahr etwa 300.000 Fehlgeburten. 52 % aller stillenden Mütter leiden an Anämie; bei den Kindern sind es 41 %, die zugleich auch fehl- und unterernährt sind. 50 % der Kinder sterben vor Erreichen des 6. Lebensjahres. (DN-20.1.)

DIE ÖKONOMISCHE LAGE

Das französische Außenhandelszentrum MOCI stellt in einem Überblick dar, daß die Türkei als eines der 7 risikolosesten Länder der Welt angesehen werden kann im Hinblick auf internationale Wirtschaftsbeziehungen und Investitionen. (DN-5.1.)

Nach den Zahlenangaben des staatlichen Amtes für Statistik nahmen die Preise 1981 um 36,6 % zu gegenüber einer Steigerungsrate von 110,2 % im Vorjahr. (C-9.1.)

Die Zahl der Bankrotterklärungen erhöhte sich im Jahre 1981 um das Doppelte gegenüber 1980, als Folge der Anwendung strengerer Maßstäbe, wie sie von der IMF auferlegt worden waren. Gegenüber 1142 stillgelegten Betrieben im Jahre zuvor, erhöhte sich deren Zahl 1981 somit auf 2 300. Insgesamt sind seit der Entscheidung vom 24. Januar 1980 bislang 3 442 Unternehmen pleite gegangen. (C-12.1.)

1981 mußte die Türkei Öl im Werte von insgesamt 3,5 Milliarden Dollar importieren, während die Exporte die Rekordsumme von 4,2 Milliarden Dollar erreichten. Die türkische Regierung rief die Hausfrauen auf, weniger Strom zu verbrauchen. (DN-12.1.)

Als Konsequenz aus dem Skandal mit den „Piratenmaklern“ (vgl. das Januar-Bulletin) hat die Regierung ein Dekret mit Gesetzeskraft erlassen, um die Ersparnisse der Klienten unter staatliche Garantie zu stellen. (T-16.1.)

Bei einem Treffen des Ministerrats warf Premierminister Uluşu dem Vizepremier Turgut Ozal vor, Investitionen zu verlangsamen und die tatsächliche Preiszuwachsrate zu verbergen. (C-22.1.)

In einer Studie des Handelsministeriums wird die durchschnittliche Inflationsrate in der Türkei im vergangenen Jahr mit 36,8 % angegeben. Im Vorjahr habe sie 94,7% betragen, im Jahr davor 81,4 % und 1978 48,8 %. (DN-25.1.)

BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND

AUSLANDSHILFE

Die Türkische Nationalbank entschloß sich, Herrn Mc Namara als Berater zu engagieren. Auf Vorschlag des Vizepremiers Turgut Ozal richtete der Gouverneur der Zentralbank ein Schreiben an den früheren Präsidenten der Weltbank. (C-1.1.)

Unter den Schuldnern der BR Deutschland nimmt die Türkei mit einer Schuldsumme von 6,1 Milliarden DM den vierten Platz ein. (T-9.1.)

Die türkischen Finanzbehörden geben die diesjährige Auslandsverschuldung mit 2,11 Milliarden Dollar an. Es wird

aber ein Auslandskredit in Höhe von insgesamt 3,37 Milliarden Dollar angestrebt, von denen 2,01 Milliarden bereits gesichert sind.

Das bundesdeutsche Parlament billigte einen Militärhilfekredit in Höhe von 130 Millionen US-Dollar unter der Bedingung, daß ein Fortschritt in der Demokratisierung des politischen Lebens des Landes festzustellen sei. (M-23.1.)

Die Türk. Nationalbank unterzeichnete eine Übereinkunft mit einem in Kuwait ansässigen internationalen Bankkonsortium über eine 70 Millionen-Anleihe. (DN-27.1.)

Die Weltbank unterbreitete den Vorschlag, die Türkei solle ihre Wachstumsrate bis zum Jahre 1985 auf 4 % begrenzen. In dem Bericht hieß es weiter, um dies zu erreichen, sollten die öffentlichen Investitionen nicht zunehmen. Experten warnten jedoch davor, daß eine derartige Beschränkung der Wachstumsrate auf 4% das Arbeitslosenproblem in der Türkei verschärfen werde. In einem anderen Bericht der OECD wird festgestellt, daß Wachstumsraten unter 7% zu mehr Arbeitslosigkeit führen werden. (DN-28.1.)

Ilter Türkmen, türkischer Außenminister, fragte bei seinem belgischen Kollegen Leo Tindemans und bei dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Gaston Thorn, an, ob sie die EG nicht um Auslieferung der zugesagten 600 Mill.-Hilfe (in Form von Darlehen und als Geschenk) ersuchen könnten. Aus Anlaß der Gefangennahme von Ecevit im vergangenen November war diese Finanzhilfe zurückgehalten worden. (DN-14.1.)

Die Anschuldigungen des Europaparlaments gegenüber der Türkei haben verhindert, daß die EG-Kommission dem Ministerrat das bereits entworfene 4. Finanz-Protokoll unterbreiten konnte.

TÜRKEI - USA

Die Vereinigten Staaten und die Türkei schlossen zwei Abkommen, die besagen, daß die USA der Türkei 100 Mill. Dollar bewilligen und außerdem noch einmal 100 Mill. Dollar in Form einer Niedrigzinsanleihe. Finanzminister Erdem dazu: „Die von den USA geleistete Hilfe zur Unterstützung unseres Stabilisierungsprogramms in Höhe von 300 Mill. Dollar war innerhalb des OECD-Rahmens die substantiellste Form von Hilfe hinsichtlich ihrer Höhe und der Zugeständnisse bei ihren Bedingungen.“ (DN-8.1.)

Es wird erwartet, daß die USA den Posten für Militär- und Wirtschaftshilfe an die Türkei im Haushalt des Finanzjahres 1983 erhöhen werden, von gegenwärtig 400 Mill. bei der Militärhilfe auf 600 und für die Wirtschaft von bislang 300 auf 500 Mill. Dollar. (H-11.1.)

Ogleich selber Repräsentant einer Unterdrückung ausübenden Militärjunta beim NATO-Treffen in Brüssel, hat der türkische Außenminister Ilter Türkmen für eine Resolution gestimmt, die die von den USA avisierten Maßnahmen gegen Polen und die Sowjetunion billigt.

Auf der von US-Minister Haig abgehaltenen Pressekonferenz im Anschluß an das Treffen äußerte ein britischer Journalist die Vermutung, daß mit zweierlei Maß gemessen worden sei, wenn einerseits Polen auf das schärfste kritisiert worden sei, während kein Wort über die Militärdiktatur in der Türkei und in anderen prowestlichen Staaten gesagt worden sei.

Daraufhin explodierte Haig voller Zorn auf den Journalisten und lobte die türkischen Generäle. Diese doppelgesichtige Verteidigung der türkischen Generäle wurde in der pro-Junta eingestellten Presse mit großer Genugtuung aufgenommen. Außenminister Türkmen bedauerte, daß andere Verbündete nicht einen ebenso weitsichtigen Standpunkt einnehmen könnten.

Als Preis für diese freiwillige Verteidigung durch Haig hat General Evren auf seinen für Ende Januar geplanten Besuch Bulgariens und anderer Balkanstaaten verzichtet.

Auf einem Treffen in Ankara am 26. und 27. Januar fanden amerikanisch-türkische Gespräche statt über die Entwicklung einer türkischen Kriegsindustrie und darüber, welche Ausrüstung die türkischen Streitkräfte brauchen. Offiziellen Angaben zufolge, endete dieses dritte Treffen der türkisch-amerikanischen Verteidigungskooperative „erfolgreich“.

Quellen: C-Cumhuriyet, H-Hürriyet, M-Milliyet, T-Tercüman, DN-The Turkish Daily News, G-Günaydin.